

22.09.2010

Beschluss des Landesvorstandes

Beschluss über die Organisation der Neustrukturierung von Kreisverbänden im Landesverband DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

Am 12. Juli hat der Landtag mehrheitlich das „Gesetz zur Schaffung zukunftsfähiger Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ beschlossen. Der Gesetzestext wurde mittlerweile im „Gesetz- und Verordnungsblatt“ des Innenministeriums veröffentlicht. Somit ist das Gesetz rechtskräftig. Unabhängig davon, ob es demnächst beklagt wird, ist für die politische Arbeit unseres Landesverbandes und der einzelnen Kreisverbände eine Situation entstanden, die berücksichtigt werden muss und auf die es gilt sich strategisch einzustellen.

Eingebettet in eine entsprechende Strategie sind selbstverständlich Fragen der strukturellen Entwicklung. Wie überall, so ist es auch in diesem Zusammenhang erforderlich, dass wir uns grundsätzlich für die politische Handlungsfähigkeit unserer Landespartei verantwortlich zeigen. Abgeleitet daraus gilt es nahe liegender Weise, die für den 4. September 2011 vorgesehenen Wahlen zu den Kreistagen, zum Landtag und die Wahlen der Landräte der neu zu bildenden Kreise zu einem Erfolg zu führen.

Die Organisation eines solchen Erfolgs beginnt bei der Kandidatengewinnung, der Konstituierung der „Wahlgewinner-Teams“, führt über die korrekte Einreichung der Wahlvorschläge, die zahllosen organisatorischen Aufgaben im Wahlkampf und enden nicht am Wahlabend, sondern mit der Wahlanalyse und der Inangriffnahme der Herausforderungen in einer neuen Konstellation.

Alle Erfahrungen zeigen, dass die Nichtübereinstimmung von politischen und administrativen Strukturen zu Reibungsverlusten und höherem Aufwand führen, von der Gefahr aufgrund formeller Fehler örtlich nicht an den Wahlen teilnehmen zu dürfen, ganz zu schweigen. Insofern ist ein in den zukünftigen Kreisen abgestimmtes und koordiniertes Vorgehen dringend geboten.

Erfreulicherweise kann auf die vielfältigen Erfahrungen der vor drei Jahren gebildeten Kreisverbände „Mecklenburgische Seenplatte“ und „Peene–Uecker–Ryck“ zurückgegriffen werden, auf ihre Erfolge ebenso wie auf die Lehren aus begangenen Fehlern. Zu den Erkenntnissen bisherigen Wirkens dieser beiden Kreisverbände gehört auch die, dass das Zusammenwachsen vormalig mehrerer Kreisverbände zu einem neuen Kreisverband, zwar seine Zeit braucht, jedoch in Wahlkämpfen bedeutend schneller erfolgt, da im Verfolgen gemeinschaftlicher Ziele, der Focus auf das Verbindende, das Gelingende gerichtet wird und so nicht zuletzt eine neue Kultur der politischen Arbeit entsteht.

Der Landesvorstand ist sich bewusst, dass mit der Neubildung von Kreisverbänden auch erhöhte finanzielle Aufwendungen für die unmittelbare Fusion, wie z. B. den Kreisparteitag, verbunden sind, sei es die Anmietung von Räumlichkeiten, die Kommunikation oder den Druck von Materialien. Deshalb wird er im Rahmen der Möglichkeiten einen Fonds für die Kompensation fusionsbedingter Mehraufwendungen einrichten.

Der Landesvorstand beschließt:

1. Der Landesvorstand empfiehlt eine Neubildung der Kreisverbände auf Grundlage der zu bildenden politischen Kreise des Landes bis zum 31.03.2011.
2. Der Landesvorstand orientiert darauf, dass der Landesparteitag im April 2011 die neuen Kreisstrukturen der Partei bestätigt.
3. Der Landesvorstand beauftragt die AG Strukturen des Landesvorstandes, die Kreisvorstände bei der Bildung der neuen Kreisverbände aktiv zu begleiten und zu unterstützen.
4. Der Landesvorstand richtet für das Haushaltsjahr 2011 einen „Fusionsfonds“ zur Kompensation fusionsbedingter Mehraufwendungen ein. Für Kreisverbände, die sich bis zum 31.03.2011 bilden, stehen daraus jedem gebildeten Kreisverband 750 Euro zur Verfügung.
5. Der Landesvorstand bittet die Vorstände der Kreisverbände „Mecklenburgische Seenplatte“ und „Peene–Uecker–Ryck“ im Sinne von „Patenschaften“ die Neubildung der Kreisverbände zu unterstützen.
6. Der Geschäftsführende Ausschuss des Landesvorstandes wird im Oktober mit den Kreisvorsitzenden über die Organisation der Neustrukturierung der Kreisverbände und die Umsetzung dieses Beschlusses beraten.